

„Nehmen, annehmen! — fährt die SPD

Was annehmen? — Den massenbelastenden Haushaltplan der Stadt Zittau

(Arbeiterkorrespondenz)

Zittau. Der diesjährige Haushaltplan ist sehr deutlich, daß die Gemeinde ein Glied des kapitalistischen Staates ist. So wie in Reich und Land werden alle Kosten auf die Schultern der breiten Massen geschoben.

Die Ansprüche für Arbeiterlöhne werden verfürzt und die sozialen Ausgaben vermindert. Die Sozialdemokraten haben sich nicht mit dem reaktionären Haushaltplan eingelassen. Genosse Wehnert zeigte in der Stadtratsversammlung am 28. April den Charakter des Haushaltsplanes auf und stellte zu den einzelnen Kapiteln Änderungsanträge. Er forderte, daß die Wünsche für Arbeiterlöhne

wesentlich erhöht werden, da die Kürzung der Lohnansätze bedeutet, daß wiederum häßliche Arbeiter entlassen werden, wodurch sich die Zahl der Erwerbslosen noch mehr erhöht. Die anderen Fraktionen, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, sagten kein Wort gegen die Verminderung der Lohnansätze. Sie waren also damit einverstanden, die kommunalistischen Erhöhungsanträge wurden nicht unterstützt.

Die soziale Lastenbelastung
erhöhte bisher eine Summe von 45 000 Mark, im neuen Haushaltplan sind nur 26 000 Mark eingelegt worden. Die Verminderung der Ausgaben soll durch ein neues Ortsgeleik erreicht werden, nachdem die soziale Lastenbelastung nur auf Antrag hin gewährt wird. Diese Maßnahme dürfte jedoch noch nicht genügen, um mit der angelegten Summe auszukommen; man wird also noch weitere Verschlechterungen in das neue Ortsgeleik hineinstecken. Genosse Wehnert beantragte, das Ortsgeleik in seiner bisherigen Form zu lassen und für die soziale Lastenbelastung 50 000 Mark einzulegen. Die Anträge fanden keine Unterstützung. Die

Milchzubereitung und das Milchrisiko
sind schon oft den Angriffen der Rechtsparteien ausgelegt gewesen. Im Entwurf zum Haushaltplan waren zusammen 3000 Mark eingelegt. Genosse Wehnert beantragte 8000 Mark einzulegen. Auch dieser Antrag wurde nicht unterstützt. Man bewilligte aber dann noch 2000 Mark, die aus der Mineralwassersteuer genommen werden sollen. Wie ungenügend die eingelegte Summe ist, zeigt sich schon daran, daß jetzt auf dem Wohlfahrtsamt vielen Arbeitern die Milchzubereitung entzogen wird, weil ihre Kinder angeblich schwer genug sind. Somit wird immer große Notlage gemacht „Trink Milch“ und hier wird beherrschten Klassen die Berücksichtigung verweigert. Die

Fürsorge für werdende und kranke Mütter sowie die Kleinkinderfürsorge
schrumpfen im Zittauer Haushalt immer mehr zusammen. Die Anträge des Genossen Wehnert auf Einkerbung von 3000 Mark für Mütterfürsorge und 500 Mark für Kleinkinderfürsorge wurden abgelehnt.

Die Tuberkulosefürsorge
ist herabgesetzt worden, weil angeblich die Tuberkulose in Zittau abnimmt. Besonders stark ist

die Behandlung der Sozialrentnerfürsorge
verringert worden. Diese wurde herabgesetzt von 138 000 Mark auf 125 000 Mark. Genosse Wehnert stellte den im vorigen Jahre von der SPD vertretenen Antrag auf Einkerbung von 17 000 Mark. Es war bezeichnend für die Einstellung der Zittauer SPD, daß sie diesen Antrag nicht unterstützte und sogar für seine Ablehnung stimmte. Im vorigen Jahre brauchten die Sozialrentner für ihre Agitation, weil die Gemeindevorstände vor der Tür standen. Dieses Jahr lehnen sie die Erhöhung der Sozialrenten ab. Die Zittauer SPD-Leute machen es genau so wie ihre Kollegen im Reich, nach der Wahl stimmen sie gegen ihre eigenen Anträge. Auch der kommunalistische Antrag, den Antrag der

Ausgegliedertenfürsorge
zu erhöhen, fand keine Unterstützung. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft will die Stadverwaltung möglichst wenig ausgegeben. Ferner beantragte Genosse Wehnert, den Antrag für

Witze und Feiertage
in Höhe von 3000 Mark zu streichen und diese 3000 Mark zum Ausbau des Reichshades zu verwenden. Das Reichshad befindet sich in einem verfallenen Zustand. Aber weil dort nur Proleten wohnen, haben die Stadträter kein Geld zum Ausbau übrig. Selbst die SPD lehnte es ab, die 3000 Mark für das Reichshad zu bewilligen.

Genosse Wehnert brachte in seinen Ausführungen, daß die Reichsratsregierung gezwungen werden muß, den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre sozialen Aufgaben erfüllen können. Ferner kann Geld gespart werden, indem folgender Antrag angenommen und zur Durchführung kommt:

Antrag:
„Das Höchstgehalt aller Beamten der Stadt Zittau darf 6000 Mark im Jahre einschließlich aller Vergünstigungen, Zulagen und Aufwandsentschädigungen nicht übersteigen.“
Auch dieser Antrag wurde von keiner Fraktion unterstützt. Für

Sparmaßnahmen solcher Art sind die Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten nicht zu haben. Im den 7:10-Millionen-Mark-Haushaltplan zu balancieren und der Reichsregierung die Mittel aus den Steuern der breiten Masse zu kürzungswecken, Polizeiapparat, Kirche und Geldstrafen an die Kapitalisten zu überlassen, ist beschlossen worden, den

Elektrizitätspreis und den Wasserspreis zu erhöhen, sowie 150 Prozent Grund- und Gewerbesteuerzuschläge zu erhöhen.

Genosse Wehnert lehnte diese Maßnahmen ab, da sie sich unförmlich auswirken, indem sie die Arbeiterklasse und die Klein- und Mittelgewerbetreibenden belasten. Er fordert die Erhebung progressiver Steuern.

Die Sozialdemokraten zeigten bei der Beratung des Haushaltsplanes ihre Verbundenheit mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Sie hielten die Gemeinde auf Kosten der Arbeiterklasse und des kleinen Gewerbes am Leben.

Die Nazis beschränken sich auf eine lebhafte Intervention
und auf einige unwesentliche Anträge. Auch sie lehnten alle Anträge der SPD zur Umgestaltung des Haushaltsplanes ab. Einen solchen reaktionären Haushaltplan lehnen wir Kommunisten im Interesse der verfallenen Bevölkerung ab. Wenn die Nazis in der Volksschau die Ablehnung des Haushaltsplanes durch Genossen Wehnert so hinstellen versuchen, als habe er falsch gehandelt, weil auch Rechtsparterler gegen den Plan stimmten, so muß festgestellt werden, daß diese im großen und ganzen mit dem Haushaltplan einverstanden waren; nur weil ihnen in einigen Fragen nicht weit genug entgegengekommen worden war, lehnten sie ab.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß dieser Haushaltplan kapitalistisch ist. Sein größter Förderer ist der rechtsstehende Oberbürgermeister Zwingeberg.

Die Sozialdemokraten wollen mit ihrem Gelde nur davon ablassen, daß sie gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt haben.

In wichtigen Kapiteln haben sie selbst ihr eigenes früheres Programm abgelehnt. Die Haushaltsberatung hat den Parteien im Stadtparlament die Maske vom Gesicht gezogen.

Die Arbeiterklasse muß daran erkennen, daß nur die Kommunisten für ihre Interessen eintreten. (149.)

Pirna im Zeitalter der Hygiene

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Im Stadteil Zwickendorf haust eine Arbeiterfamilie mit 8 Kindern in 2 Räumen. Als Wohnräume kann man sie nicht bezeichnen. Dieselbe ist vor einigen Jahren als Notwohnung vergeben worden. Trotz vorzüglicher Einrichtung ist hier noch keine Abhilfe geschaffen worden. Der Zustand der Wohnung ist katastrophal. Der Fuß ist von den Wänden, Schimmelpilz und Wasser dringt von allen Seiten ein. Die Kinder schlafen in ungehörigen Betten. Die Möbel sind dem Verderben preisgegeben. Alles Körperliche auf dem Wohnungsbau ist bis jetzt erfolglos geblieben. Das Haus ist derart baufällig, daß man schon eine Familie wegen Lebensgefahr herausnehmen müßte. In der Nacht vom 6. bis 7. Mai ist ein Teil des Dachstuhls über dem Bett in dem der Ehemann mit einem jährigen Kinde schlief, und löste den Boden ins Gesicht, so daß die Hausbesitzerinnen davontrauten. Will man warten, bis diese Höllenwohnungen völlig erschlagen sind? Herr Stadthausmeister Schmidt beschaffe mit einer 6-Zimmer-Wohnung. Dazu fand die Stadt Mittel und Wege, während auf der anderen Seite Arbeiterfamilien in solchen Höhlen wohnen läßt, weil man angeblich nicht helfen kann. Und das alles im Zeichen der Hygiene. Nur die Kommunisten kämpfen gegen Mietpreissteigerung und Wohnungsnot. Werbet Mitglied der SPD. Zeit und verdreht die Arbeiterstimme! (145)

Die Polizei ist schlafertig!

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Dies kann man von der Pirnaer Polizei ohne weiteres behaupten. Nicht, daß wir dabei die Großamptage wie die Vogelweieneschlacht vor Jahren, den 1. Mai 1924, den 6. März 1930 heranziehen wollen, nein, nicht im geringsten; Pirnas Polizei ist jederzeit schlafertig, auch im Privatleben ihren Hausmitbewohnern gegenüber.

Vortwärts im Geiste Lenins!

(Arbeiterkorrespondenz)

Berzdorf. Zu klaren Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und dem bürgerlich-sozialdemokratischen Block kam es in der Gemeindevorstandssitzung vom 7. Mai. In Hand des arbeitenden Haushaltplanes stellte Genosse Oskar Schubert verschiedene Änderungsanträge. Genossin ihrer Worte: „Keine Ausgaben durch Heranziehung des Bekleimes“ lehnte die vereinte, reaktionäre Gesellschaft unter Führung des SPD-Bürgermeisters alles ab. Gemeindevorstandsvorsteher, Genosse Paul Schubert, brandmarkt in klaren Ausführungen die unverantwortliche Ausgabenpolitik. Auf der einen Seite gewaltig gesteigerte Verwaltungsausgaben, auf der anderen Seite angeblich keine Mittel für Wohnungsbau, für Straßenbau, Kapital Wohlthatspflege; hier werden die Ausgaben zur Verwirklichung getrieben. Alles dies läßt die angeblichen Arbeitervertreter fall. Als eigenes Werk, die kommunale Lastenbelastung, wie sie beiseitigen, höher geht's nimmer! Bei der Abstimmung schieden unsere Genossen dem Haushaltplan ab. Nur die, allerdings viel zu geringen Mittel für die Wohlthatspflege bewilligten sie. Zum Vorhanden des neuen Schulausschusses wurde der Bürgermeister, um Schulleiter Lehrer Keuler gewählt. Ferien sind vom 12. Juli bis 4. August und vom 28. September bis 14. Oktober. Vertreter der Arbeiterklasse im Schulausschuß ist Gen. Paul Schubert. Eine Verringerung der Wassergebühren wurde im Wollrauschklub gegen die Stimme des Gen. Mairwald abgelehnt. SPD-Vormann verteidigte sogar noch diese, die Arbeiterklasse so ungeheuer belastende Gebührenordnung. Seine Taktik wurde von Gen. Paul Schubert gebührend zurückgewiesen. Auf Grund der noch unerschauten 20 000 Mark hat jeder Einwohner eine Kopfsteuer von 3 bis 4 Mark jährlich zu zahlen. Wasserbuchhalter! Hämmerst auch diese Ausgaben in den Kopf! Der kommunalistische Antrag, alle Ausgaben in die gehobene Kategorie zu übernehmen, wurde angenommen. Zum Schluß weisen unsere Genossen die bürgerlichen Agitationsreden in Sachen des Verkaufs des Schmelzgrubenwerks zurück. Einige sozialdemokratische Raubbarben aus der Jurorklasse machten sich ganz besonders bemerkbar. Ja, die Wahrheit ist mandem unangenehm. Vortwärts, im Geiste Lenins! (R.A. 1150)

Verkehrsunfall auf der Landstraße

Stolpen. Hier stieß ein aus Görlitz kommender Kleinfrachtwagen mit einem größeren Auto zusammen. Der Kleinfrachtwagen wurde umgeworfen. Die Insassen, Mann, Frau und drei Kinder, wurden verletzt.

Die werktätigen Einwohner haben das Wort

„Wir lehnen die Politik der SPD ab“

Mährtschneider. Am 8. d. M. fand im Lindengarten eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, die sich mit den un-erhöhten Vorgängen in der Gemeindevorstandssitzung am 3. d. M. befaßte. Diese Versammlung, die trotz dem kränkelnden Regen sehr gut besucht war, brachte das große Interesse, das die betreffenden Ereignisse innerhalb der Einwohnerlichkeit erweckt haben. Der Referent Genosse Lauth führte folgendes aus: Die Stellungnahme der Kommunisten zu den Haushaltsplänen in Reich, Land und Gemeinden ist eine grundsätzlich ablehnende, weil in einem Staatswesen mit kapitalistischer Form auch der Haushaltplan kapitalistisch, d. h. im Interesse des Unternehmers aufgestellt ist. Die Kommunisten wissen, daß sie an der allgemeinen Notlage der Gemeinden durch keinerlei Anträge etwas ändern können; das hindert sie aber nicht, immer wieder Anträge, die im Interesse des Proletariats liegen, zu stellen, da sie mit allen Mitteln danach streben, den Haushaltplan des Proletariats zu verbessem, während es ihnen gleichgültig sein kann, was aus den kapitalistisch orientierten Haushaltsplänen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden wird. Um die arbeiterfeindliche Tendenz aller dieser Haushaltspläne aufzuzeigen, ist es erforderlich, alle Kapitel ausführlich unter die Lupe zu nehmen. In unserer Gemeinde war man auf den famosen Ausweg gekommen, den Haushaltplan im Ausschuss fertigzuberaten, um über ihn dann in der öffentlichen Sitzung am 3. d. M. zusammen mit den übrigen wichtigen Punkten der Tagesordnung en bloc abstimmen zu lassen. Diesen Antrag stellte in der Sitzung der latium bekannte Direktor der Heimstätten-Vereinigung Sack, Zader, und zwar weil, wie er sagte, der Herr Bürgermeister (SPD) bei Aufstellung des Haushaltsplanes den Wünschen der Bürgerlichen in jeder Beziehung nachgegeben sei. Als unsere Genossen auf Disskussion bestanden, erklärte nunmehr auch der SPD-Vertreter und anschließend sämtliche Sozialdemokraten, daß sie dem Vorschlag des Herrn Zader zustimmten und ebenfalls vorlässig, den Haushaltplan en bloc anzunehmen, wobei er seiner Freude Ausdruck gab, daß der Haushaltplan balanciere, ohne irgendwelche „Schädigung der Arbeiterklasse“.

Es hat den Anschein, als schäme die Verkaffung bei diesem Herrn infolge reichlicher Bierbestellungen rapide fort, wenn er Ähnliche von etwa 45 000 M. bei dem Kapitel Wohlthatspflege, Schulen, kommunale Lastenbelastung, Straßenbau usw. nicht mehr als Schädigung der Arbeiterklasse anlehnt. Aber über diesen Zustand ihres Vertreters mögen sich seine Wähler selbst den Kopf zerbrechen. Unsere Genossen konnten jedoch, trotzdem sie immer wieder das Wort zur Wirtschaftsordnung verlangten, es aber nicht erhielten, die en-bloc-Ablehnung nicht verhindern, und Genosse Lauth, der dieses Verhalten sehr richtig mit Schürzelei anprangerte, wurde zum Verlassen der Sitzung aufgefordert, und da er auf seinem Blay verblieb, mit den Stimmen der Bürgerlichen und SPD für weitere 2 Sitzungen ausgeschlossen. Genosse Lauth berichtete weiterhin über verschiedene Amtüberstellungen, die sich der SPD-Bürgermeister Schmidt im Laufe seiner Amtszeit geleistet hat und die nun Gegenstand einer Beschränkung der Amtshauptmannschaft werden sollen. Unter diesen Amtüberstellungen war besonders die Tatsache interessant, daß die Gemeindevorstandssitzung ohne Wissen der Gemeindevorordneten die Mietzinssteuer auf mehrere Jahre hinaus verpfändet hat.

Anschließend daran gab Gen. Münzinger einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im Finanzausschuß und erklärte, daß alle seine Vorschläge zur Beibehaltung der bisherigen Kapitelbedrag gegen seine Stimme abgelehnt worden sind.

Zum Schluß schilderte Genosse Hoop, Dresden, in sehr eindringlicher Weise die Auswirkungen der Weltwirtschaft auf die Haushaltspläne der Gemeinden. Er empfahl die Bildung kommunalpolitischer Komitees zur Unterstützung der kommunalistischen Gemeindevorordneten und erklärte, daß damit bereits gute Erfolge erzielt worden seien.

Eine Resolution, in der das Vorgehen des Bürgermeisters aufs Schärfste verurteilt wird und der schamlose Betrag der SPD-Vertreter gebührend markiert wird, fand einstimmige Annahme. Vertätigte, veräumt nicht, die kommenden Gemeindevorstandssitzungen zu besuchen!

Öffentl. Einwohnerversammlung in Pirna

am Montag dem 12. Mai 10 Uhr im Volkshaus. Es spricht Genosse Schwarz, Dresden, über: Bürgerblock oder Landtagsauflösung? Freie Aussprache! Vertätigte, Erwerbslose, Rentner, erscheint in Massen! Unkostenbeitrag 10 Pfennig. SPD Pirna.

Der Großrohrsdorfer Bürgermeister hat Angst vor den Kommunisten!

Großrohrsdorf. Wie wir schon berichteten, wurden in der letzten Stadtvorstandssitzung zwei Vertretige Einwohner von der Jubortribüne entfernt, obwohl sie sich keines Verstoßes schuldig gemacht hatten. Wie wir weiter erfahren, ist die Entlassung durch den Ratobater auf Anweisung des Hausmeisters unter Annahme eines Polizeijungs erfolgt. Den beiden ausständigen Ausbretern wurde auch nicht gestattet, sich bei unterm Genossen A u d i n g e zu beschwerten, sondern sie wurden an die Treppe und hinuntergedrängt. Später wurden dann die Aufgänge durch den Hausmeister blockiert, damit den Hinusgesetzten keine Möglichkeit zum Wiedereintritt gegeben war. Nur durch Zufall erfuh unter Genosse noch während der Sitzung von dem erfolglosen Hinuswurf und protestierte dagegen und behauptete, daß keine Entlassung der Hausmeister nicht von sich aus den Hinuswurf angeordnet habe, sondern daß wahrscheinlich der Rat dahinterstehe. Der Hausmeister beharrt auf dem Entschieden. Als nach Räumung der gelanten Tribüne, die dann erfolgte, der Hausmeister vor das weiter toende Plenum trittet wurde und angeben sollte, wer die Anweisung gegeben habe, erklärte dieser, dies sei vom Bürgermeister ausgegangen. Dem Bürgermeister war diese Verkaffung außerordentlich peinlich, weil er dadurch bei einer Unwahrscheinlichkeit ertrapt wurde und die Behauptungen unseres Genossen als richtig feststellte wurden. Diese Verkaffung der Vertätigkeit ist aber nur deshalb erfolgt, weil erlaubt wurde, daß es Redeberechtigten Kommunisten seien, die maßstabgemäß die Sitzung führen könnten. Was doch ein Jungde-Bürgermeister für eine Angst vor zwei Kommunisten haben kann und wenn es auch nur harmlose Belücker der Sitzung sind. Auf alle Fälle hat die Einwohnerlichkeit die Pflicht, gegen solche Verkaffung der Vertätigkeit Stellung zu nehmen, deshalb kommen alle werktätigen Einwohner

heute Sonnabend 20 Uhr in den Volkshausaal zur öffentlichen Einwohnerversammlung.

Genossen! Leistet morgen Werbearbeit für den Sieg der roten Listen bei Post und Reichsbahn!